

Paibacher Zeitung.



Nr. 84.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 60 fr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Donnerstag, 15. April.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 fr., größere pr. Zeile 6 fr.; bei öfteren Wiederholungen pr. Zeile 3 fr.

1875.

Amthlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben dem k. k. Landesgerichtsrathe Weikard Ritter Gandini von Lilienstein die k. k. Kämmererswürde allergnädigst zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Journalstimmen vom Tage.

Zur Kaiserreise bemerkt die Montags-Revue:

„Welcher Art die politischen Auseinandersetzungen sein mögen, welche Graf Andrassy in Venedig mit den leitenden Staatsmännern des neuen Italien gepflogen hat, ist allerdings Gegenstand verschiedener Ansichten. Allein das wissen wir, daß die Auseinandersetzungen unmöglich von Principien sich entfernt haben können, welche zur unverrückbaren Basis der österreichischen Politik geworden sind. Das durch die Zusammenkunft von Berlin, Wien und Petersburg geschaffene System hat durch den lebendigen Anschluß Italiens eine neue Bereicherung erfahren. Darin liegt, kurz gesagt, Bedeutung und Erfolg der mit so lebhafter Zustimmung begrüßten Kaiserreise. Daß sie in ihren moralischen Nachwirkungen nur dazu beitragen kann, die Pflege der materiellen Fragen, die zwischen uns und dem benachbarten Staate schweben, zu fördern, ist hoffentlich keine allzu optimistische Voraussetzung. Aus dem Gedanken des Friedens hervorgegangen, kann diese Monarchenbegegnung wohl nur in Thatfachen des Friedens ihren Ausdruck finden. In diesem Sinne aber kommt zweifelsohne auch Europa wiederum zugute, was speciell im Interesse Oesterreich-Ungarns und Italiens unternommen worden ist; denn darf auf irgend einem Gebiete die Solidarität der europäischen Interessen behauptet werden, so ist es auf dem der friedlichen Entwicklung der materiellen und civilisatorischen Interessen, welche die wirksamste Bürgschaft darbieten für die Erkenntnis der wahren Aufgaben der Staaten und Völker und für den Schutz der bestehenden Rechtsordnung. Im Dienste dieser Solidarität stehen in letzter Linie auch die speciellen Bemühungen der Politik des wiener Cabinets, und die sachlichen Konsequenzen dieser Politik werden sich ebenso zwanglos ergeben, als die moralischen Konsequenzen, die sie heute schon in der fast ungetheilten Anerkennung der europäischen Mächte gefunden hat.“

Die Bohemia unterzieht die neueste Ministerial-Berordnung zur Durchführung der confessionellen Gesetze einer kurzen Besprechung. Der wiener Correspondent des prager Blattes erklärt zunächst, wie auch von der Regierung wiederholt betont wurde, daß die

Abgaben nach dem obgenannten Gesetze dem katholischen Cultus zugute kommen werden, da sie bestimmt seien, die Basis für die unausschießbar gewordene Regulierung der Congrua, die im Anschlusse an die Gebahrungsergebnisse der Religionsfondssteuer wohl kaum mehr lange auf sich werde warten lassen, zu bilden. Im Anschlusse hieran, sagt der Correspondent: „Neben diesem specifischen Zwecke verdient das Inselebenreten dieses confessionellen Gesetzes auch von dem allgemeinen Standpunkte aus Beachtung, weil damit ein neues und nicht das unwesentlichste Glied in unserer confessionellen Gesetzgebung wieder zur Geltung kommt. Es geschieht dies in jener geräuschlosen Weise, welche der Action der jetzigen Regierung überhaupt anhaftet, darum aber mit nicht minder Stetigkeit und mit nicht minderem Nachdrucke. Allerdings scheint für einen Theil unserer Presse der Maßstab für den Werth einer confessionellen Gesetzgebung den Widerstand zu bilden, den ihre Durchführung im Gefolge hat, allein wir glauben nicht, daß ein solcher Werthmesser überhaupt und namentlich in dem speciellen Falle der richtige ist. Eine Parallelisierung unserer Verhältnisse mit Vorkommnissen in anderen Ländern muß von diesem Gesichtspunkte aus zur Unterschätzung des Werthes unserer Gesetzgebung führen, allein wir können solche Urtheile getrost über uns ergehen lassen, da sie nur einseitig sind und bei jenen vergleichenden Studien nicht unsere, sondern andere Verhältnisse zur Voraussetzung haben. Lassen wir unsere confessionellen Gesetze nur langsam aber consequent zur Geltung kommen, wie es auch geschieht, so werden wir auf dem Wege der confessionellen Reformen genügende Fortschritte aufzuweisen haben und lächelnd über die abgeschmackte Behauptung hinweggleiten können, daß — Cardinal Rauscher der Vater unserer confessionellen Gesetze sei.“

Die berliner Post sagt in einem mit der Frage „Ist der Krieg in Sicht?“ signalisirten Artikel: „Der Krieg ist allerdings in Sicht, was aber nicht ausschließt, daß die Wolke sich zerstreut. Ob es den ultramontanen Intriguen in Oesterreich gelingt, Andrassy zu stürzen, ist nur an sich fraglich, es ist auch fraglich, welche Wirkung dieser Sturz auf die Bevölkerung in Ungarn wie in Oesterreich haben würde. Dennoch kann man die Möglichkeit nicht ableugnen, daß die Heereskreise, deren Stimmung der kürzlich veröffentlichte Brief des Erzherzogs Salvator abspiegelte, im Stande sein könnten, den Staat zu einer Action in ihrem Sinne fortzureißen. Was Italien betrifft, so weiß man, daß im Sinne der meisten Italiener das Papstthum beides ist: ein nationaler Feind und ein nationaler Stolz. Die heißesten Wünsche dieser Italiener wären erfüllt, wenn das Papstthum, ohne den Nationalstaat zu hindern, nur noch der Stolz der Nation sein wollte. Das Papstthum ist doch im Grunde nichts anderes als die Weltherr-

schaft der italienischen Prälaten, wie dies kürzlich der Abgeordnete Smeist ausdrückte. Um den Preis, daß das Papstthum zu gunsten Italiens auf seinen italienischen Landbesitz verzichtet, um seine Weltherrschaft ungehindert von Italien allein ins Auge zu fassen, wird der größte Theil der höheren Klassen Italiens zu einem Bündnis gegen Deutschland vollkommen bereit sein. Und dennoch gehört viel dazu, einen solchen Entschluß zu fassen, da, wo er gefaßt werden muß, und er ist in diesem Augenblicke noch nicht gefaßt. Ob Frankreich, ohne die österreichisch-italienische Bundesgenossenschaft sicher zu haben, den Krieg beginnen würde, läßt sich nicht sagen. Die Vereitlung dieser Bundesgenossenschaft, der Sieg der republikanischen Partei könnte den Krieg hinauschieben. Wir halten es nicht für wünschenswerth, die Gemüther zu beunruhigen und unter die Waffen zu rufen. Aber wir halten es auch nicht für angebracht, der deutschen Nation zu verschweigen, welches ihre Situation ist und welchen Gefahren ihre Staatsleitung zu begegnen hat. Es ist nöthig, daß wir alle lernen, unsere Lage zu würdigen und unser Benehmen jeden Tag danach einzurichten.“

Telegraphische Landtagsberichte

vom 12. April.

Galizien. Zahlreiche Gemeindevertretungen petitionieren um Abänderung der Landtagswahlordnung. — Der Regierungsvertreter überreicht eine Vorlage, betreffend die Kompetenzerweiterung der Gerichte in Grundbuchsachen. — Hausner motiviert seinen Antrag auf Vermehrung der städtischen Wahlbezirke, worauf derselbe einer besonderen Reuenercommission überwiesen wird. — Der Antrag Wolanski's wegen Regelung der Eisenbahntarife wird dem Verwaltungsausschusse zugewiesen. — Antoniewicz interpelliert den Regierungsvertreter wegen Durchführung des vorjährigen Landtagsabschlusses bezüglich der Ermäßigung des Schulgeldes.

Istrien. Die zur Begrüßung des Kaisers entsendete Landtagsdeputation erstattete Bericht über den ihr zutheil gewordenen huldvollen Empfang, worauf das Allerhöchste Handschreiben an den Statthalter verlesen wurde. Hierauf wurden dem Landtage die Rechnungsabschlüsse und Voranschläge der Landesfonde vorgelegt. Nach der ersten Lesung des Statuts einer Bodencreditanstalt und der Geschäftsordnung wurde die Wahl der Ausschüsse vorgenommen.

Steiermark. Abg. Scholz legt sein Mandat als Landesausschussbeisitzer nieder. Reßermann meldet eine Interpellation über die Sanregulierung und Schniderschitz eine solche um Aufhebung der Grenzsperrung an. Der Landesausschuss legt Berichte vor über die neue Gemeinde-Ordnung der Landeshauptstadt und

Feuilleton.

Bigenner-Ellen.

Novelle von A. Baumann.

Still und ruhig liegt das Meer, leise nur murmeln und plätschern die Wellen an Jütlands Küste. Still und ruhig ist die Sommernacht, kein Lüftchen regt sich, die Winde sind wohl schlafen gegangen. Still und ruhig liegt auch das Fischerdorf auf dem Strand, seine Bewohner ruhen nach des Tages Arbeit und Mühe. Hier und da sieht noch ein fleißiges Fischerweib auf der Schwelle ihrer Hütte und sichtet die Netze, die unter der Wucht des letzten reichen Fanges zerrissen, und ein altes Väterchen, das sich noch nicht von seiner Pfeife hat trennen können, leistet ihr Gesellschaft. Es ist eine jener heißen, halbheissen Sommernächte des hohen Nordens, wo die Sonne kaum den Horizont verläßt und die Nacht nicht Zeit hat, die Erde in ihren kühlen, dunklen Mantel zu hüllen. Der Mond groß, roth und glänzend, wirft einen breiten, lichten Streifen auf die sonst dunkle Meeresfläche, die Wellen blitzen fast goldig in seinem Schein.

In der Mitte dieses glänzenden Streifens Wassers liegt ein Fischerkahn; die Wellen schaukeln ihn leise und der Mond blickt darauf herab, wie eine treue Wärterin auf die Wiege eines geliebten Kindes. Vom Ufer aus ist niemand im Boote sichtbar, die Ruder sind eingezogen und ohne Stener und Lenker scheint es der Willkür der Wellen und der Fluth preisgegeben. Doch der Mond weiß es besser. Er blickte herab auf ein schönes Mäd-

chengesicht, er sieht eine schlank, volle Frauengestalt, die ausgestreckt auf dem Boden des Fahrzeuges liegt, mit dem dunklen, baumwollenen Rock der Fischerfrauen bekleidet. Der feine Kopf mit den dicken, tiefschwarzen Flechten ruht auf beiden Armen, das purpurrothe Kopftuch von Katun ist vom Haar herabgeglitten und liegt lose um den dunkelfarbigen Nacken des Mädchens. Ihre großen schwarzen Augen sehen unverwandt in die leuchtende Mondscheibe und der Mond wieder lächelt sie an mit seinem freundlichen Lächeln.

Ihre Gesichtszüge bleiben ruhig, unbewegt, sie träumt wachend. Horcht sie den Wellen, die leise an die Wand des Rahmes pochen und murmeln und flüstern, als hätten sie ihr tausend heimliche Dinge zu erzählen? Ja, sie haben ihr viel, viel zu sagen, sie kennt sie ja von der frühesten Kindheit an, sie hat ihrer lieblichen Sprache gelauscht manch' heimliche Nacht, sie hat sie toben und schelten gehört im wüthenden Orkan, sie kennt ihre schmeichelnde, bald so großende, zürnende Weise. Sie erzählen ihr von der Vergangenheit, von ihrer frühen Kindheit. Wie die längst verstorbene Mutter sie mit in den Kahn genommen und mit ihr hinausgerudert, fern hinaus auf das spiegelglatte Meer, in jenen stillen Sommernächten, wenn der Vater daheim nach den Mähen eines langen Fischfanges schlief. So wie sie jetzt, lag damals ihre Mutter auf dem Boden des Fahrzeuges und sah träumend zum Himmel hinauf, das Kind lauerte zu ihren Füßen und blickte ihr in das ernste, wehmüthige Gesicht, zupfte sie am Rock und bat: „Mutter, erzähle.“ Und die Mutter erzählte so sehnsuchtsvoll von ihrer Heimat, die fern, fern im Süden, wo kein Schnee und Eis, kein rauher Winter den Athem

erschwert, die Bäume immer grünen und die köstlichsten Blumen prangen und hohe Berge von tiefen, schattigen Wäldern umrauscht sind.

„Eben solche Berge und Wälder wie hier?“ fragte dann das Kind. Und die Mutter lächelte.

„Kind, hier sind keine Berge und Wälder, dies sind Sandhügel, mit kleinen Büschen und Tannenhölzern bewachsen. Die Berge meiner Heimat ragen bis hoch in die Wolken hinauf und die Wälder sind Tagreisen lang und dicht und dunkel, daß kaum die Sonnenstrahlen hindurchdringen.“

„Aber hattet Ihr auch ein solches Meer in Eurer Heimat, wie wir hier?“ fragte das Kind dann wieder.

„Nein, in meiner Heimat kannte ich nur schäumende Bäche, rauschende Flüsse und kleine Wälder und Bergseen.“

„Dann möchte ich dort nicht sein,“ rief das Kind und plätscherte mit den Händchen im Wasser und ließ die silbernen Tropfen von den Fingern fallen. „Ich liebe das Meer, Mutter, und du darfst gerne deine Berge und Wälder behalten, ich möchte nicht mein weites Meer dafür eintauschen.“

Dann schwieg die Mutter und blickte wieder trübe zum Himmel hinauf, bis das Kind sie von neuem aus ihren Träumen weckte, mit der bringenden Bitte:

„Erzähle Mutter.“

Und die Mutter beschrieb der Kleinen, wie sie nachts beim Mondschein im Walde getanzt, wie ihr Vater dazu die Violine gespielt. Es waren wunderbare Tänze, ganz anders als wie das Volk sie hier tanzt. Sie hatte einen bunten Rock getragen und einen feuerrothen Shawl

über Aenderung der Schulbeiträge. Der Ausschuss beantragt die Ablehnung der Regierungsvorlage betreffend die Abdeckerordnung.

Kirchenrechtliches aus Preußen.

Der Gesetzentwurf über die Aufhebung der Artikel 15, 16 und 18 der preussischen Verfassung lautet:

„Einziger Artikel:

Die Artikel 15, 16 und 18 der Verfassungsurkunde vom 31. Jänner 1850 sind aufgehoben. Die Rechtsordnung der evangelischen und katholischen Kirche, sowie der anderen Religionsgesellschaften im Staate regelt sich nach den Gesetzen des Staates.“

Die Motive zu diesem Gesetzentwurfe lauten:

„Seitdem in neuerer Zeit begonnen werden mußte, durch die Gesetzgebung des Staates die notwendigen Grenzen zwischen diesem und der Kirche zu regeln, um dadurch ein festes, für jedes der beiden Gebiete geregeltes Verhältnis herzustellen, hat die Staatsregierung stets und immer von neuem die Erfahrung gemacht, daß ihren Schritten der Einwand entgegengesetzt wurde, dieselben verstießen gegen diejenigen Bestimmungen der Verfassungsurkunde, welche den Religionsgesellschaften die selbständige Verwaltung ihrer Angelegenheiten zugewiesen haben.“

Als sich im Jahre 1873 die Gesetzgebung zum erstenmale dem bezeichneten Gebiete zuwendete, war dies erklärlich. Denn damals bestand der Artikel 15 der Verfassungsurkunde noch in seiner ursprünglichen Fassung die verschiedener, engerer und weiterer Auslegung Raum gab, und hatte lange Zeit durch das selbstthätige Eingreifen der katholischen Bischöfe und die Zulassung der Organe des Staates eine über seinen wahren Sinn hinausgehende Anwendung erhalten.

Diesen wahren Sinn klarzustellen war die Aufgabe des Gesetzes vom 5. April 1873 (Gesetzsammlung S. 143); es sollte zum allgemeinen und klaren Bewußtsein gebracht werden, daß auch eine selbständige Besorgung der kirchlichen Angelegenheiten dem Hoheitsrechte des Staates, seiner Gesetzgebung und Aufsicht unterliege. Dennoch wird jener Einwand weiter und bis in die neuesten Tage gegen jede kirchenpolitische Gesetzesvorlage erhoben. Fort und fort, sowohl in den Häusern des Landtages, als in Organen der Presse gegen die Verfassungsmäßigkeit der Maßregeln wiederholt, wiegt er um so schwerer, als er Beunruhigung in die Bevölkerung trägt, die gesetzgebenden Factoren und die Staatsregierung eines verfassungswidrigen Verhaltens verdächtigt und die Gesetze, noch ehe sie verkündet werden, als solche bezeichnet, denen mit Recht Widerstand geleistet werden dürfe. Ein solcher Zustand kann in keinem Staate ertragen werden, namentlich in einer Zeit so ernster Bewegungen, wie die gegenwärtige; unabwiesbare Pflicht ist es, denselben entschieden, kräftig und so schnell als möglich zu beseitigen. Dies kann nur gelingen, wenn das Verhältnis zwischen Staat und Kirche nicht ferner durch allgemeine der Mißdeutung fähige Sätze, sondern lediglich durch eingehende Spezialgesetze geregelt wird, also eine Aenderung der Verfassungsurkunde erfolgt. Vor einer solchen darf umso weniger zurückgeschreckt werden, als die Gesetzgebung freier Bahn bedarf, um den Staat unter allen Umständen zu sichern gegen den seine Hoheitsrechte mißachtenden und angreifenden und damit ihn selbst gefährdenden, von Rom geleiteten Klerus. Deshalb wird die Aufhebung des Artikels 15 der Verfassungsurkunde vorgeschlagen.

Die auf diesem Wege für die Gesetzgebung gewonnene Freiheit soll zur Abwehr jener Angriffe dienen. Anderen Religionsgesellschaften, insbesondere der evangelischen Kirche gegenüber, bedarf es solcher Abwehr nicht. Soweit die eigene Ordnung ihrer Angelegenheiten gesetzlich bereits geregelt ist, wird es dabei bewenden; soweit dies nicht der Fall ist, die Gesetzgebung diejenige Sicherheit schaffen, welche Corporationen gebührt, die der Rechtsordnung des Staates sich unterwerfen.

Die Aufhebung des Artikels 16 findet ihre Rechtfertigung darin, daß das Vertrauen, unter dem den Religionsgesellschaften der Verkehr mit ihren Obern ungetrübt freigegeben und die Befestigung kirchlicher Anordnungen nur solchen Beschränkungen unterworfen worden ist, welchen alle übrigen Veröffentlichungen unterliegen, namentlich in den letzten Zeiten schwer getrübt worden ist. Es braucht nur an die Enchiridien des Papstes an den preussischen Episkopat vom 5. Februar d. J. erinnert zu werden, um die Nothwendigkeit darzutun, daß das Uebermaß freier Bewegung, welches der gedachte Artikel gewährt, in Grenzen zurückgeführt werden muß, welche mit dem Staatswohl verträglich sind.

Die Bestimmung des Artikels 18 enthält die Entwicklung des im Artikel 15 niedergelegten Gedankens für einen einzelnen Fall; die Aufhebung des Artikels 15 führt daher in logischer Consequenz auch zur Aufhebung des Artikels 18. Ueberdies wird ohne dieselbe es nicht dahin kommen, daß überall einflußreiche kirchliche Stellen von Männern verwaltert werden, welche den Gesetzen des Staates Gehorsam leisten, ein Anspruch, den insbesondere ein Staat nicht aufgeben kann, der vermöge seiner confessionell gemischten Bevölkerung das höchste Interesse daran hat, daß die verschiedenen Religionsgesellschaften friedlich neben einander leben.“

Zur Action des belgischen Episkopats.

Die Note vom 3. Februar, welche der Gesandte Deutschlands in Brüssel dem belgischen Minister des auswärtigen Amtes übergab, lautet nach der „Köln. Ztg.“:

„Der unterzeichnete Gesandte (Graf Perponcher) beehrt sich, dem belgischen Minister die vertraulichen Besprechungen ins Gedächtnis zurückzurufen, welche er selbst sowie sein Amtsvorgänger mit dem Herrn Minister über die Einwirkung der Handlungen belgischer Unterthanen auf die inneren Verhältnisse benachbarter Staaten und deren rechtliche Beurtheilung gehabt hat.“

Den Anlaß dazu gaben frühere Hirtenbriefe belgischer Bischöfe und andere Veröffentlichungen, sowie neuerdings die im „Bien Public“ vom 25. Dezember veröffentlichte Adresse des Comité des oeuvres pontificales an den Bischof von Paderborn.

In jeder dieser Kundgebungen war die Theilnahme und Ermunterung für die in Auflehnung gegen die Gesetze und die Staatsgewalt in Preußen begriffenen Geistlichen in mehr oder weniger aufreizendem Ton und mit mehr oder weniger Beleidigung der Regierung Sr. Majestät des Kaisers ausgedrückt.

Die stattgehabten Besprechungen ergaben in jedem einzelnen Falle, daß die belgische Regierung durch die Gesetze und die Rechtspflege ihres Landes keine ausreichenden Mittel besitzt, um dergleichen gegen den inneren Frieden der Nachbarstaaten gerichtete Kundgebungen zu hindern oder zu ahnden.

Zu Erkundigungen über die belgischen Gesetze hat außerdem ein Vorgang Anlaß gegeben, der zwar anderer Natur, aber nicht ohne geistigen Zusammenhang mit den erwähnten Kundgebungen ist, nämlich das von dem Kesselschmiede Duchesne an den Erzbischof von Paris gerichtete und von diesem zur Anzeige gebrachte Erbieten, den Fürsten Bismarck für eine bestimmte Summe zu ermorden. Dieser Vorgang war mit allen Einzelheiten und Beweisstücken der öffentlichen Beurtheilung unterbreitet worden. Auch über diesen Fall fiel das rechtsverständige Gutachten dahin aus, daß, was Duchesne gethan oder beabsichtigt, durch belgische Gesetze keinen Anlaß zum Einschreiten gebe.

Der Unterzeichnete ist beauftragt, die Erwägungen zu wiederholen, welche er über diese Vorgänge mündlich zu entwickeln die Ehre hatte. Es sind unbestrittene Grundsätze des Völkerrechts, daß ein Staat seinen Angehörigen nicht gestatten darf, die innere Ruhe eines andern Staates zu stören, und verpflichtet ist, durch seine Gesetze dafür zu sorgen, daß er im Stande sei, diesen völkerrechtlichen Obliegenheiten zu genügen.

Die mächtigsten Reiche haben ihre Gesetzgebung in diesem Sinne geordnet und im hervortretenden Bedürfnis ergänzt.

Belgien hat die doppelte Verpflichtung, Sorge zu tragen, keine Verletzung zu Anschlägen gegen die Ruhe der Nachbarn und die Sicherheit ihrer Angehörigen zu bieten, mit Rücksicht auf die Privilegien seiner Neutralität. Zu den stillschweigenden Bedingungen jener Neutralität gehört die volle Erfüllung jener Verpflichtungen.

Es darf daran erinnert werden, daß Belgien durch die Gesetze vom 20. Dezember 1852 und 22. März 1856, betreffend Preßvergehen und Mordanschläge gegen das Oberhaupt eines andern Staates, die Lücken seines

Municipalrechtes auszufüllen sich bemüht hat. Wenn der Anwendung des Artikels 123 des belgischen Strafgesetzes Bedenken entgegenstehen (worüber der Unterzeichnete sich kein Urtheil erlauben will), so hat die Schweiz die Schwierigkeiten dadurch überwunden, daß nach dem eidgenössischen Strafrecht der Bürger oder Einwohner der Schweiz, der eine fremde Macht zu einer die Schweiz gefährdenden Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten anreizt, Zuchthaus von wenigstens zehn Jahren verwirkt.

Die belgische Regierung wird sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß die bestehenden Gesetze einer Ergänzung bedürfen, wenn dieselben wirklich keine Mittel gewähren, den inneren Frieden und die Sicherheit der Personen in befreundeten Nachbarstaaten gegen Beeinträchtigungen durch belgische Unterthanen sicherzustellen.

Die diesseitige Ueberzeugung, daß Belgien diese Auffassung theilt, laun nicht durch den Umstand erschüttert werden, daß die Mißbilligung der erwähnten Vorgänge, welche der belgische Minister des Auswärtigen persönlich ausgesprochen hatte, einen amtlichen und öffentlichen Ausdruck bisher nicht gefunden hat.“

Politische Uebersicht.

Kaisbach, 14. April.

Der königlich ungarische Justizminister Perczel legte dem Reichstage einen Gesetzentwurf über die Neuorganisation der königlichen Gerichte erster Instanz vor, demgemäß der Justizminister ermächtigt werde, binnen drei Jahren die Zahl der Gerichtshöfe erster Instanz von 105 successive und nach Möglichkeit auf 64 zu reducieren. — Das ungarische Abgeordnetenhaus verhandelte und votierte mit geringen Modificationen die Gesetzentwürfe über die Erwerbsteuer, die Bergsteuer und über die Umrechnung der Verzehrungssteuer aus Anlaß der Einführung des Metermaßes.

An der kroatischen Verwaltungsreform wird, wie der „Pester Lloyd“ berichtet, rüstig gearbeitet; der Zeitpunkt, in welchem dieselbe ins Leben treten soll, ist aber noch immer nicht festgestellt. Es muß nemlich, nachdem die Justizpflege von der Administration völlig getrennt wird, die Ernennung der Richter gleichzeitig mit dem Inslebentreten der neuen Administration erfolgen und hängt dies, wenn im Sinne des Gesetzes der Banus auch das Recht hat, den Zeitpunkt selbst zu bestimmen, von der Erledigung jener Vorlagen ab, welche Sr. Majestät in betreff der zu ernennenden königlichen Richter gemacht wurden, jedenfalls dürfte aber die neue Administration in der zweiten Hälfte des Monats Mai durchgeführt werden.

In den nächsten Tagen schon wird dem preussischen Abgeordnetenhaus das Gesetz, betreffend die Aufhebung der Klöster und Congregationen, zugehen. Es verlautet, daß durch dasselbe das ganze Vermögen der Klöster unter Staatssequester gestellt werden soll. Diejenigen Ordensinsassen, welche bei ihrem Eintritte aus ihren Privatmitteln zum Kirchenvermögen beisteuerten, erhalten dasselbe vom Staate zurück. Die betreffenden Orden müssen binnen sechs Monaten vom Tage der Gesetzpubliction aufgelöst sein. Ausgenommen sind die zu Unterrichtszwecken dienenden Orden, welche eine zweijährige Frist erhalten. Einige der Krankenpflege gewidmete Congregationen bleiben auf Widerruf fortbestehen.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ kommt auf den belgisch-deutschen Notenwechsel zurück und hebt hervor, daß es sich dabei durchaus nicht um die belgische Presse, sondern um die Art und Weise handle, wie Personen von officieller Stellung in Belgien sich in die Angelegenheiten Deutschlands wiederholt einmischten. Dies wurde mit Bezug auf den Stand der belgischen Gesetzgebung zur Sprache gebracht, welche die Verletzung der Staatsangehörigen gegen die Sicherheit von Personen und die innere Ruhe anderer Staaten nicht mit Strafe belege. Diese Gesetzgebung sei mangelhaft, da sie zur Erfüllung völkerrechtlicher Pflichten nicht genüge.

Wie der „Kölnischen Zeitung“ aus Paris geschrieben wird, bereitet Dufaure ein zweites Rundschreiben, und zwar an die Bischöfe vor, in welchem er diese Prälaten den Bestimmungen des Concordats von 1801 und der Bulle vom 20. Germinal des Jahres X gemäß auffordern wird, die Gebete für den Staat nicht zu vernachlässigen, da ein großer Theil der Geistlichen die obligatorischen Gebete für die Republik hinwegläßt. — In der am 12. d. in Paris stattgefundenen Sitzung der diplomatischen Metermaßconferenz einigten sich die auswärtigen Bevollmächtigten über den namentlich vom österreichisch-ungarischen Vertreter befürworteten Entwurf einer Convention wegen Organisation eines auf gemeinschaftliche Kosten in Paris zu errichtenden internationalen Maß- und Gewichtsbureaus.

Der kaiserliche Herrmann, welcher die Hinrichtung der wegen der „Podgorizza-Affaire“ zum Tode Verurtheilten anordnet, ist an den Gouverneur von Scutari abgegangen.

um den Kopf geschlungen und alle andern Zigeuner hatten in einem Kreis um sie gesessen und ihr zugesaut und Beifall gerufen. Sie war noch ein Kind gewesen, doch alles das hätte sie sehr glücklich gemacht. Dann aber sei plötzlich ihre Mutter gestorben und der närrische Vater sei von einer unwiderstehlichen Wankersucht ergriffen, er hatte sich von den andern Zigeunern im schönen Süden getrennt und war weiter gezogen, immer weiter nach Norden mit seinem Kinde und seiner Violine. So war er nach Jahren hier oben am Meere angelangt und bald darauf gestorben. Sie hatte allein, verlassen in der Welt dagestanden, vom Fischervolk ward die wandernde Zigeunerin mit Hohn und Verachtung behandelt, nur ein Freund, ein junger Fischer nahm sich ihrer an, er heiratete sie, so fand sie endlich eine Heimat. Doch die Sehnsucht zehrte an ihrem Herzen, es zog sie fort nach dem Süden, nach der Sonne heißerer Gluth, nach der Farbenpracht der Natur, nach dem stillen, märchenhaften Leben ihrer Kindheit. Und wenn sie dann ihre heiße Sehnsucht dem lauschenden Kinde ausgemalt, daß es vor ihr saß mit brennenden Wangen und brennenden Augen, zog sie es an die Brust, weinte, und flüsterte mit angstvollem Ahen:

„Auch du bist vom heißen Blut meiner Väter, auch dich wird einst heiße Sehnsucht, heißes Leid hier im kalten Norden erfassen, auch du wirst leiden müssen unter dem rohen Spott und Hohn dieses Volkes. Sie werden dich Zigeunerin schelten, weil du das schwarze Haar, die braune Farbe deiner Mutter geerbt, und du wirst einsam und verlassen mit blutendem Herzen vergehen und verkommen unter diesem Volk, das deinem Herzen, deiner Natur so fremd.“

(Fortsetzung folgt.)

Tagesneuigkeiten.

Die Kaiserreise.

Se. Majestät der Kaiser besichtigten am 11. d. abends um 8 $\frac{1}{2}$ Uhr die Beleuchtung der Stadt Zara, welche äußerst effectvoll war. An zahllosen Stellen waren Transparente, sinnreiche Inschriften und Gedichte angebracht und zeichnete sich alles durch ein besonders geschmackvolles Arrangement aus. Se. Majestät wurden überall mit begeisterten Zurufen empfangen. Allerhöchstselbst begaben sich nach Besichtigung der Beleuchtung in das glänzend decorierte Theater, woselbst Acte der Oper „Un ballo in maschera“ und ein Ballet zur Auf- führung kamen. Beim Erscheinen Sr. Majestät des Kai- sers brach das im Hause anwesende Publicum in enthu- siastische Zurufe aus, während das Orchester die Volks- hymne anschnitt. Im Verlaufe des zweiten Actes ver- ließen Se. Majestät das Theater und fuhren unter dem Jubel der überall angesammelten Volksmenge in die Re- sidenz zurück. Es herrscht überall die musterhafteste Ord- nung. Die ganze Bevölkerung ist von der gnädigsten Herablassung Sr. Majestät des Kaisers entzückt.

Se. Majestät der Kaiser fuhren am 12. d. um 7 Uhr früh bei heiterem Wetter nach der Esplanade, woselbst in zwei Treffen zwei und ein halbes Bataillon des Regiments Erzherzog Ferdinand d'Este Nr. 32, die Vorbereitungsschule und ein Artillerie-Detachment auf- gestellt waren. Der Kaiser hielt eine Revue über die Truppen, ließ dieselben defilieren und sprach den Offi- zieren seine besondere Anerkennung über das Aussehen, die Haltung und die Defilirung der Truppen aus.

Von hier fuhr der Kaiser zur slavischen Lehrer- bildungsanstalt im Borgo Errizzo, besichtigte eingehend sämtliche Abtheilungen derselben und ließ in jeder Ab- theilung einzelne Zöglinge prüfen.

Unter den enthusiastischen Zivios der Zöglinge und von den Hochrufen der herbeiströmenden Menge begrüßt, fuhr der Kaiser wieder zur Stadt zurück und begab sich nach der Loggia, um die dort untergebrachte Bibliothek zu besichtigen, welche der in Turin verstorbene Professor Paravia der Stadt Zara vermachte hat. Eine daselbst eingemauerte Gedenktafel aus Marmor verewigt den Dank, welchen Se. Majestät der Kaiser der Stadtge- meinde von Zara für deren Gratulation zum Sieg von Vissa ausgesprochen.

Se. Majestät besichtigt hierauf die Rosoglioabril Salghetti und Drichli, wo Allerhöchstselbst von dem Eigentümer ehrerbietigst empfangen und in sämt- liche Localitäten geleitet wurde. Der Kaiser nahm alle Einrichtungen in Augenschein, kostete von einigen der vorgezeigten Erzeugnisse und sprach sich wiederholt lobend und aufmunternd aus.

Nach einem Besuche in der Kirche San Criso- gono, woselbst sich interessante Alterthümer vorfinden, begab sich der Kaiser in die Rosoglioabril Luzzardo. Auch hier besichtigte der Kaiser eingehendst alle Räum- lichkeiten, kostete die Fabricate und sprach Worte der Befriedigung und Aufmunterung aus.

Hierauf erschien Se. Majestät in der griechischen Kirche San Elia, woselbst der Bischof und die Geistlichkeit Gebete abhielten. Der Bischof hielt in slavischer und deutscher Sprache eine Anrede an die ver- sammelte Gemeinde, in welcher er der Großherzigkeit und Weisheit des Monarchen huldigte, Wünsche für das Glück Sr. Majestät aussprach und die Anwesenden auf- forderte, den Kaiser mit Zivio-Rufen zu begrüßen, welcher Aufforderung dieselben begeistert folgten.

Schließlich verfügte sich Se. Majestät in die alte Kirche San Donato. In den an diese Kirche auf- stößenden Ruinen hatte die önologische Gesellschaft däl- matische Weine ausgestellt. Se. Majestät wurde hier von den Vorständen der Gesellschaft empfangen und geleitet und lehrte sodann nach der Residenz zurück, wo das Dejeuner stattfindet.

Überall, wo sich Se. Majestät bei seinen heutigen Besuchen zeigte, brach die zahlreiche Volksmenge in stür- mische Zurufe aus.

Se. Majestät besichtigten nach dem Diner die Stadtbeleuchtung in Zara und bestiegen dann stürmisch begrüßt das Boot, um sich an Bord der „Miramar“ zu begeben. Während der Ueberfahrt trug die auf einer prachtvoll beleuchteten Galegianten postierte Stadtmusik eine eigens componierte Widmungscaantate vor; die Escadre und die Lloydampfer brannten Raketen ab, die Musikbänder intonierten die Volkshymne und das zahl- lose in Barken placierte Publicum brach in enthusiasti- sche Jubelrufe aus. Der Kaiser besichtigte von Bord der „Miramar“ aus das glänzende Schauspiel und hörte noch längere Zeit den Musikstücken zu. Es herrscht eine allgemeine Befriedigung über die schöne Ovation.

Am 13. wurde der Kaiser in Arbe enthu- siastisch empfangen. Mittags fand die Rückreise nach Zara statt. Die Witterung war günstig.

Se. Majestät der Kaiser haben loco Pola 9. d. nachstehendes Allerhöchstes Handschreiben zu erlassen geruht:

„An Meinen Feldzeugmeister Freiherrn v. Kuhn. Die von Mir in Triest, Görz und Pola in- spicierten, zur VII. Infanterie-Truppendivision gehörigen Truppen haben Mich in jeder Beziehung vollkommen befriedigt und finde Ich Mich angenehm veranlaßt, den Generalen und übrigen Commandanten, sowie Mann-

schaften für dieses erfreuliche Zeugnis ihres hingebungs- vollen Pflichteifers Meine volle Anerkennung auszuspre- chen, welche Sie in geeigneter Weise sofort zu verlaute- baren haben.“

— (Delegationsvorlagen.) Die „Wiener Abend- post“ schreibt: „Ein hiesiges Blatt hat die Nachricht gebracht, daß das Reichskriegsministerium für die nächsten Delegationen eine Vorlage über das neue Heeresausrüstungssystem vorbereite, nach welcher aus den geänderten Lieferungsmodalitäten jährlich eine Ersparung von Einer Million Gulden hervorgehen soll. Bis jetzt konnte das Reichskriegsministerium die Ausarbeitung einer solchen Vorlage schon deshalb nicht vornehmen, weil sich eine derartige Berechnung, bevor der Preis der Rohstoffe im weiteren Verlaufe des Jahres bekannt ist, als unthunlich darstellt. Weiters wurde berichtet, daß bei der Confectionsanstalt in Brünn Unzukömmlich- keiten sich ereignet haben und die dortigen Militärbehörden hievon schon seit Wochen in Kenntniß sein sollen. Ueber diese Nachricht hat das Reichskriegsministerium von der hiezu berufenen Behörde keinerlei bestätigende Mittheilung erhalten.“

— (Ein Mannweib.) In Gr. Wardein starb vor kur- zer Zeit ein Mann, namens Andreas Méháros, 58 Jahre alt. Bei der Leichenbeschau wurde constatirt, daß dieser Mann eigentlich eine Frau sei. Méháros hatte mit den Männern ge- trunken, sich mit ihnen gebalgt und seit dreißig Jahren Männer- kleider getragen. Die Verstorbene kam im Jahre 1848/49, da sie als Sonneviele Schlichten mitgemacht, dazu, Männerkleider anzulegen, und schämte sich dann, die Frauenkleider wieder her- zuzusuchen.

— (Freiwillige Verwaltungsgemeinden.) Der erste Fall der thatsächlichen Bildung von freiwilligen Ver- waltungsgemeinden in Niederösterreich ist im politischen Bezirk Neunkirchen eingetreten. Von den 77 Ortsgemeinden des Bezirkes haben sich 17 behufs gemeinschaftlicher Geschäftsführung auf grund des Landesgesetzes vom 16. April 1874 zur Bildung von 8 Verwaltungsgemeinden freiwillig vereinbart. Die getroffene Ver- einbarung ist von dem Statthalter im Einverständnis mit dem nie- derösterreichischen Landesauschuß, gemäß § 1 des citierten Landes- gesetzes, genehmigt worden.

— (Räthlichkeit der Revaccination.) Das „Jour- nal des Debats“ gelangt in einem längeren wissenschaftlichen Aufsatz über die Frage, ob die Revaccination räthlich und ge- boten sei, zu folgenden Schlussfolgerungen: Man dürfe sich nicht dem Glauben hingeben, daß die Impfung unbedingten Schutz gegen eine Ansteckung durch Blatterngift gewähre; im Gegen- theil könne sogar der wiederholt Revaccinierte, namentlich zur Zeit einer Pockenepidemie, der Ansteckung neuerdings unter- liegen. Gewiß aber sei, daß diese Gefährdung infolge der Im- pfung bedeutend herabgemindert werde und im Falle der Ansteckung die Krankheit fast immer einen bedeutend mildereren Verlauf zeige. Demnach solle man, namentlich zur Zeit einer Epidemie, eine erneuerte Impfung in jedem Altersstadium vornehmen. Bleibe die Impfung resultatlos, so könne hieraus nicht gefolgert werden, daß die bezügliche Person für den Ansteckungsstoff unempfindlich sei; im Gegentheil müsse die Operation zu wiederholten malen vorgenommen werden.

Locales.

Ein Mahnruf zur Lebensversicherung.

Dem Organe des ersten allgemeinen Beamtenverei- nes der österreichisch-ungarischen Monarchie kommt die Ab- schrift eines Schriftstückes zu, welches unter den Beam- ten und Dienern des k. u. k. ungarischen Telegraphen- amtes circuliert und dessen Tendenz dahin geht, für den rechtzeitigen Abschluß von Lebensversicherungen seitens der Angehörigen dieser Branche zu wirken. Wie wir hören, soll diese höchst anerkennenswerthe Bewegung von einem Telegraphenbeamten selbst ausgehen und allgemein die Ueberzeugung wachrufen, es sei entschieden im Interesse der Einzelnen wie der ganzen Branche gelegen, wenn der in dem Schriftstück enthaltenen wohlmeinenden Aufforde- rung nachgekommen werde.

Das Circulandum lautet:

„Die so oft vorkommenden Geldsammlungen für die Hinterbliebenen nach Dienern und Be- amten riefen in mir schon längst die Absicht wach, auf den Weg aufmerksam zu machen, durch welchen auf billige und einfache Weise diesen erniedrigenden und lä- stigen Sammlungen endlich eine Einschränkung gesetzt wer- den könnte.“

Der neuerliche Fall aber, daß für einen Beamten unseres Institutes mit längerer Dienstzeit wieder eine Sammlung eingeleitet wird, läßt mich diese Absicht nicht aufschieben und bestätigt die Vermuthung, daß bei Dienern, möglicherweise aber selbst bei Beamten die wohlthätigen Vortheile der Lebensversicherungsinstitution entweder gar nicht bekannt sind, oder daß Mangel an Vertrauen, Unkenntniß der äußerst kleinen und bequemen Zahlungsmodalitäten, insbesondere aber der Mangel einer eindringlicheren Aufforderung dieselben — selbst auf die Gefahr hin, ihre Hinterbliebenen der Wohlthätig- keit und Entbehrung preiszugeben — abhält, von dieser Institution Gebrauch zu machen.

Ich nehme mir bei dieser Gelegenheit die Freiheit, auf die unter allen in Oesterreich-Ungarn operierenden Assuranzgesellschaften liberalste, billigste, die bequemsten Zahlungsmodalitäten gewährend (monatlich), daher un- serem Stande am meisten zu empfehlende Versiche- rungsabtheilung des ersten allgemeinen Beamten- vereins der österr.-ungar. Monarchie aufmerksam zu

machen und ein Beispiel des Tarifes nachstehend bezu- fügen.

Um den Erben ein Kapital von 500 fl. zu sichern, zahlt ein Mann von

20 Jahren monatlich fl.	—63
25 „ „ „	—73
30 „ „ „	—84
35 „ „ „	—98
40 „ „ „	120
45 „ „ „	148
50 „ „ „	187

bei der ersten Einzahlung ist eine einmalige Beitritts- gebühr von 2 fl. zu entrichten.

Durch Vorstehendes glaube ich dargelegt zu haben, daß in unseren Verhältnissen der Appell an die Wohl- thätigkeit entweder in der Unkenntniß einer modernen Institution oder Sorglosigkeit zu suchen, jedenfalls aber ein erniedrigender, unmoralischer, nicht genug tadelns- werther Mißbrauch ist, zu dessen Abstellung — ich bin überzeugt — bloß eine Aufklärung oder eindringlicher Aufforderung genügen wird.

Ich erlaube mir daher die löbliche Direction ergebenst zu bitten, im humanen Interesse sämtlicher Beamten und Diener, besonders aber in dem ihrer Hinterbliebenen, dieselben aufzufordern, von dieser Institution umsomehr allgemeinen Gebrauch zu machen, als die Bezahlung einer monatlichen Prämie von 20 — 50 kr. nur eine schein- bare Mehrausgabe wäre. Denn die Erfahrung zeigt, daß wir nahezu allmonatlich eine „freiwillige milde Gabe“ beisteuern, welche durchschnittlich auf 20 — 50 kr. monatlich sich bezieht; — um 15 kr. monatlich, kann aber ein 21 Jahre, um 27 kr. monatlich ein 40 Jahre alter Mann ein Kapital von 100 fl. seinen Erben ver- sichern.

Wenn nun jedermann, wenn auch nur mit 100 — 200 fl., sich an der Lebensversicherung theilnimmt, hören die Absammlungen auf und die Mehrausgabe wird so auf anderer Seite erspart, während die Ab- sammlungen übrigens einen Betrag von 100 — 200 fl. kaum je erreicht haben dürften.

Wenn schließlich sämtliche Directionen, die obigen Auseinandersetzungen unterstützend, aussprechen wollten, daß wohl dieselben nur in dem Falle eine Sammlung milder Beiträge einleiten, wenn nachgewiesen wird, daß der Bewerber oder eigentlich der Versorger zur Affec- uanz nicht angenommen wurde, so würden selbe nur eine wohlthätige PreSSION ausüben und diesen lästigen ernie- drigenden Mißbrauch einschränken; ich aber erkläre künf- tig nur in dem Falle Beiträge zu leisten, wenn der Sammlungsaufruf die Auskunft beigefügt sein wird, daß der Verstorbene sich nicht versichern lassen konnte, — bin jedoch bereit, die aus der meritorischen Behandlung dieses Gegenstandes voraussichtlich entstehende bedeutende Arbeit nach Angabe der löblichen Direction auf mich zu nehmen oder aber eventuell die Spesen für lithographische Vervielfältigung nach Bekanntgabe sofort zu restituieren.“

— (Personalnachrichten.) Der neuernannte k. k. Landesgerichtspräsident Herr Anton Gertscher ist gestern aus Rudolfswerth in Laibach eingetroffen und wird die Leitung des hiesigen k. k. Landesgerichtes sofort übernehmen. — Mit dem vor- gestrigen wiener Eilzuge ist Se. Exc. Herr Anton Graf Kuer- perg von Graz nach Krain abgereist. — Herr Dr. Moriz Flud Edler von Leidenkron, pens. Ministerialrath und Finanzlandesdirector, war Comthur des Franz-Josefs- und Ritter des Leopolds-Ordens, 1848 Reichstagsabgeordneter in Wien und Kremsier, zur Zeit des deutschen Reichstages in Frankfurt Abtats des österreichischen Bevollmächtigten, Staatsrathspräsidenten Frei- herrn v. Rübe, von 1851—1854 Finanzlandesdirector in Triest; 1861 ging er als Finanzlandesdirector in Graz in Pension nach Wien, wo er am 11. d. plöblich starb.

— (Die zweite Kindervorstellung) erfreute sich gestern eines nur mittelmäßigen Besuches. Frau Blumenthal wird durch die gestrige Einnahme keine besondere Stärkung ihrer gestörten Gesundheit erfahren können. Marie Gruber, Nikolaus Melchior und Theresie Huber spielten Weinhardsteins „der kleine Cheprocuator“ recht possierlich. Marie Stanzel trug Kleheims Gedicht „Röslein und Schmetterling“ gut verständlich vor. Görners „Aschenbrödel“ electrifizierte wieder die Kinderwelt in hohem Grade, obgleich die Aufführung nicht so gerundet ablie- wie bei der ersten Vorstellung. Das kleine und große Publicum spendete reichen lauten Beifall.

— (Von der Landwirtschaftsgesellschaft in Krain.) Der Subventionsauschuß hielt am Sonntag den 11. d. unter dem Vorsitze des Gesellschaftspräsidenten Freiherrn v. Burz bach in Gegenwart des Herrn Regierungsvizepräsidenten k. k. Regierungsrathes Ritter v. Roth und des Herrn Landes- hauptmannes Dr. Ritter v. Kaltenecker eine Berathung. Die Comitésmitglieder Dr. Bleiweis und Brus stellten An- träge inbetreff der Vertheilung von Geldprämien und Bienen- stöcken an krainische Bienenzüchter, von welchen bereits 54 Ge- suchte vorliegen. Die Betheilung wird heuer an solche Bienenzüch- ter erfolgen, welche bisher weder Geldprämien noch Bienenstöcke erhielten, u. z. 2 Prämien à 25 fl., 34 à 20 fl. und 3 à 10 fl. Eine Broschüre über Dzierzons Methode wird in Druck gelegt werden. Volksschulen, welche sich mit dem Unterricht in der Bienenzucht beschäftigen, erhalten diese Broschüre unentgelt- lich; an Bienenzüchter wird dieselbe à 10 kr. per Exemplar ab- gegeben werden. — Die Kärntnergenossenschaft in Nomen (Wohein) erhält zum Ankauf eines pinzgauer Stieres eine Subvention von 40 fl. — Die Aushausmitglieder Senig und Schol-

